



«Möglichst niemanden ausgrenzen»

Schulversuch «Spezielle Förderung». Agnès Fritze, Leiterin des Gesamtprojekts Schulversuch «Spezielle Förderung, Angebotsplanung 2011–2014» im Gespräch mit Bildungs- und Kulturdirektor Klaus Fischer zum Stand des Gesamtprojektes und zu seinen persönlichen Erfahrungen mit unterschiedlichen Schulmodellen.

Herr Regierungsrat Fischer, Sie haben eine breite und langjährige Erfahrung im und mit dem Schulbetrieb. Welche Erfahrungen haben Sie persönlich mit separativen respektive integrativen Schulmodellen gemacht?

Meine Erfahrungen basieren auf der Tätigkeit als Präsident der Schulkommission in der Gemeinde Hofstetten-Flüh, die ich während 16 Jahren bis 2001 präsi- diert habe. Wir hatten damals auf der einen Seite ein integratives Modell und mit der Lehrerschaft die Philosophie entwickelt, alle Schulkinder in der eigenen Gemeinde zu unterrichten. Es gab auch kritisch eingestellte Lehrerinnen und

Lehrer, die Angst hatten, etwas falsch zu machen. Die integrative Schule, wie ich sie damals erlebt habe, war für Schülerinnen und Schüler eindeutig ein Mehrwert und die gegenseitige Akzeptanz sehr gross. Kinder mit körperlichen Behinderungen wie auch solche mit intellektuellen Schwächen wurden möglichst mitgenommen. Auf der anderen Seite war das separative Modell damals das gängige und ich musste zum Beispiel Eltern davon überzeugen, dass die Einführungsklasse für ihr Kind das Beste ist. Dabei konnte ich mich auf meine Erfahrung als Gymnasiallehrer berufen: Auch Kinder mit einem langsamen Start haben später das Gymnasium erfolgreich durchlaufen. Insofern habe ich beide Modelle von der Behördenseite her erlebt. Ich finde es interessant, dass ich in meiner aktuellen Tätigkeit das integrative Modell vertreten darf. Auch heute erlebe ich bei Schulbesuchen, wie sich Schülerinnen und Schüler gegenseitig unterstützen. Ängste nehme ich eher bei den

Erwachsenen wahr, bei den Eltern, weil sie fürchten, dass ihre Kinder nicht angemessen behandelt werden oder bei den Lehrpersonen.

Der Schulversuch im Kanton Solothurn läuft schon im zweiten von drei Jahren. Dabei setzen fast 90 Prozent der Schulen als sogenannte Versuchsschulen bereits den integrativen Ansatz gemäss Volksschulgesetz um, die übrigen führen als Vergleichsschulen den separativen Ansatz weiter. Weshalb ein Schulversuch?

Wir wollten die Umsetzung der Speziellen Förderung vor vier Jahren definitiv und flächendeckend vornehmen. Das war wohl etwas zu schnell. Es ist uns damals nicht gelungen, dies so zu kommunizieren, wie wir uns das vorgestellt hatten. Der Schulversuch, für den wir uns dann in der Regierung entschieden haben, hat für alle Beteiligten spürbare Entlastung gebracht: für das Departement, für die Schulleitenden, für die Gemeinden und vor allem für die Lehrpersonen. Wir

stehen nun in einer Versuchsphase, in der wir prüfen können, ob die Ressourcen ausreichen, so wie sie angedacht worden sind und wir können in dieser Phase die fehlenden Grundlagen erarbeiten.

Ohne dass wir gewusst haben, wie das Ergebnis ausfallen würde, haben wir festgestellt, dass es diese Entlastung aller Beteiligten, insbesondere der Lehrpersonen, gebraucht hat. Vielleicht hätte die Situation anders ausgesehen, wenn nicht gleichzeitig weitere Reformen, wie die Einführung von Frühfranzösisch oder unsere Sek-I-Reform, erfolgt wären, die natürlich sehr viel von den Lehrpersonen gefordert haben.

Was erwarten Sie nun von den Ergebnissen des Schulversuchs?

In einzelnen Äusserungen, u.a. von Politikern und Politikerinnen, kommt immer wieder zum Ausdruck, dass es in der Bevölkerung weiterhin Personen gibt, die vom Schulversuch die Antwort auf die Frage erwarten, welches Modell nun in Zukunft gefahren wird, das separative oder das integrative. Darüber befinden wir aber nicht mehr, denn dazu gibt es einen Entscheid des Parlaments, der diese Frage bereits gesetzlich entschieden hat: integrative Schule mit der Speziellen Förderung. Es geht im Rahmen des Schulversuchs nur noch um die Handhabung, letztlich um die Grundlagen für die Verordnung und – im Klartext – um die Ressourcen. In diesem Punkt erwarte ich, dass wir dazu klare Ergebnisse haben werden. Das wird aber insofern relativ schwierig sein, weil wir jetzt schon merken, dass, was den Pool betrifft, unterschiedliche Vorstellungen und Forderungen da sind. Gleichzeitig müssen wir mit den unterschiedlichen Gegebenheiten in den Gemeinden vor Ort umgehen können.

Welche Bedeutung hat der Bericht der externen wissenschaftlichen Evaluation des Schulversuchs für Sie?

Die Ausgangslage für die externe wissenschaftliche Evaluation war teilweise anders als ursprünglich geplant: Zum einen war eine Vergleichssituation nicht wirk-

lich gegeben, da sich fast 90 Prozent der Schulgemeinden für die Versuchsschule ausgesprochen haben. Da bin ich zuerst fast ein bisschen erschrocken. Zum anderen ist der Zeitfaktor zu nennen: bei aller Seriosität, mit der die Evaluation durchgeführt wurde, sie bezieht sich einzig auf das erste Jahr des Schulversuchs, also auf das Einführungsjahr.

Und nun zum Bericht: Hier steckt Wissenschaftlichkeit dahinter, das ist für mich wichtig. Ich habe das der Regierung auch so dargelegt: Ich wollte möglichst objektive Aussagen und diese sind mit dem Bericht gewährleistet. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass die Evaluation durch ein externes Team durchgeführt wurde. Wir haben nun Ergebnisse vorliegen, die es ernst zu nehmen gilt und mit denen wir arbeiten können.

Im Hinblick auf die Ressourcen müssen wir die Ergebnisse des Evaluationsberichts sehr genau anschauen. Ein weiterer wichtiger Ansatzpunkt sind zum Beispiel die Kleinklassen. Mit den Regionalen Kleinklassen knüpfen wir an die Ergebnisse der Evaluation an. Wenn wir konkret mit Gemeindebehörden sprechen, die sich ja nicht so intensiv mit all dem beschäftigen, ist es wichtig darauf hinweisen zu können, dass es in Zukunft Regionale Kleinklassen geben wird. In diesem Punkt werden die Forderungen nach Separation aufgenommen. Es ist gut, wenn man sagen kann, es gibt dieses Ventil, die Regionale Kleinklasse.

Die Schule ist in der ganzen Schweiz in Bewegung – gerade in den letzten Wochen wurde in den Medien über einen neuen



Möglichst niemanden ausgrenzen: das gehört zur Qualität einer Gesellschaft.



Schulversuch im Kanton Zürich berichtet (Pauschalmodell). Was halten Sie davon und inwiefern könnte dies für den Kanton Solothurn irgendeinmal Bedeutung erhalten?

Ich sehe positive Aspekte im Pauschalmodell. Im Kanton Solothurn hat es sich aber in unseren Diskussionen in den letzten Wochen gezeigt, und da nehme ich die Argumente von LSO und VSL SO sehr ernst, dass mit dem aktuellen Poolmodell in optimierter Form weitergearbeitet werden soll.

Dieses ist bekannt und war als System an sich von der Lehrerschaft nie bestritten. Nun möchte ich im Rahmen dieses Schulversuchs das Ressourcierungsmodell nicht wechseln – das ist ein politisches «No go»!

War in den letzten Jahren eventuell zu viel in Bewegung?

Ja, auf die letzten acht Jahre zurückblickend muss ich sagen, dass wir fast zu viel bewegt haben. Aber, wenn die Schule sich nicht bewegen würde, wäre das auch eine Katastrophe.

Kommen wir nochmals zurück zum laufenden Schulversuch: Haben Sie bereits Hinweise, wie es ab Sommer 2014 aussehen wird?

Ich gehe davon aus, dass wir unter anderem ein optimiertes Ressourcierungsmodell auf der Basis des Poolmodells haben werden. Und wir werden wahrscheinlich an fünf Standorten Regionale Kleinklassen führen. Das lässt sich ideal koppeln mit der Kantonalisierung der Heilpädagogischen Schulen.

Ich hoffe, dass der Schulversuch nicht nur das Technische regelt und wir, vor dem Hintergrund des Behindertengleichstellungsgesetzes, bis hinunter in die Zellen der Schule sagen können, dass es eine Qualität unserer Gesellschaft ist, möglichst niemanden auszugrenzen. Es geht mir um eine Haltung, die zu entwickeln entsprechend Zeit braucht. Im Schulversuch wurden Grundlagen dafür gelegt.

Sie werden den Übergang vom Schulversuch in den Regulärbetrieb ab Sommer 2014 nicht mehr in der Funktion des Solothurnischen Bildungsdirektors, sondern wahrscheinlich als interessierte Privatperson und als Steuerzahler verfolgen. Was bedeutet das für Sie?

Ich finde es schade, dass ich das Definitivum nun nicht mehr erleben kann, denn die Spezielle Förderung war doch einer der grösseren «Brocken» meiner

Amtszeit. Ich bin aber überzeugt, dass die vorbereitenden Arbeiten von allen sehr gut gemacht worden sind. Wir haben zudem erreicht, dass das Thema auch in die pädagogischen Hochschulen eingeflossen ist. Damit ist dieses Thema für die Lehrpersonen, die jetzt diplomiert werden, nicht fremd.

Was wünschen Sie Ihrem Nachfolger oder Ihrer Nachfolgerin?

Ich wünsche natürlich meinem Nachfolger oder meiner Nachfolgerin die entsprechende Kraft, das alles durchzusetzen. Die Grundlagen sind gelegt: Wir haben den Gesetzesentscheid, der 2007 praktisch einstimmig gefällt wurde, und damit grünes Licht für die Integration gegeben hat. Die Arbeit im laufenden Schulversuch wird sehr seriös gemacht. Die Mitarbeitenden in den verschiedenen Teilprojekten haben gut gearbeitet und kontrovers diskutiert. Das scheint mir für ein gutes Ergebnis ganz wichtig. Der Gemeindeverband war dabei, die Verbände der Lehrpersonen und Schulleitenden; daher bin ich wirklich überzeugt, dass die Vorbereitungsarbeiten umfassend gemacht worden sind.

Die Spezielle Förderung wird eines der wichtigen Themen sein, die ich mit meinem Nachfolger oder meiner Nachfolgerin in der Übergangszeit besprechen werde, sodass er oder sie hier anknüpfen kann. Auch werde ich empfehlen, sich so oft als möglich vor Ort ein eigenes Bild zu machen. Denn ein gutes Gelingen ist nicht zuletzt auch eine Frage der Kommunikation.